

Lübeck, 26.02.2020

Interfraktioneller Antrag

Fraktionen:
Geschäftsstelle der SPD Fraktion
Geschäftsstelle der CDU-Fraktion

Bearbeitung: Christine Vitzthum (E-Mail: vitzthum@spdfraktion-luebeck.de Telefon: 122-1036)

SPD+CDU: Änderungsantrag zu "Einschränkungen von Feuerwerk im Stadtgebiet"

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
27.02.2020	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit über die umweltschädigenden Auswirkungen des Abbrennens von Feuerwerk und den bereits bestehenden Verboten aufzuklären.

Ziel dieser Öffentlichkeitsarbeit soll sein, die Bereitschaft auf Verzicht des Abbrennens von Feuerwerk in Lübeck zu erhöhen.

So kann über Stadtteilkonferenzen, Einwohnerversammlungen sowie digitalen Informationswegen die Lübecker Bevölkerung direkt erreicht werden. Zusätzlich sollen Gespräche beispielsweise mit den Verbänden der Hotel- und den Gastronomiebetrieben geführt werden, um auch hier die Akzeptanz des Verzichts auf Feuerwerk zu erhöhen.

Die Aufklärung soll sich auf das gesamte Stadtgebiet Lübecks beziehen.

Begründung:

Das Abbrennen von Feuerwerken setzt umweltschädigende Substanzen frei. Die Kooperation von SPD und CDU will nicht mit Verboten und Überwachung eingreifen, sondern wir setzen auf Aufklärung und Überzeugung. Für die Altstadtinsel besteht bereits ein weitgehendes Verbot von Höhenfeuerwerk. Ein wirklicher Effekt des Verbots ist kaum ersichtlich und eine Kontrolle der Einhaltung bereits für diesen begrenzten Raum nicht leistbar.

Wir wollen mit den Menschen unserer Stadt kommunizieren und für das Thema sensibilisieren.

Eine räumliche Begrenzung der Maßnahmen ist nicht sinnvoll. Die Aufklärung soll nicht nur für die Innenstadt, sondern für das gesamte Lübecker Stadtgebiet gelten.

Anlagen: